

**Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO
"Wohnungsvermietung"**

Wohnungsbaugenossenschaft Tailfingen eG, Am Markt 7, 72461 Albstadt
Vertreten durch den Vorstand: Axel Pflanz, Caslav Oplanic, Holger Gladen

Datenschutzbeauftragter:

Ein Datenschutzbeauftragter ist nicht zu bestellen

Zweckbestimmung der Datenverarbeitung

1. Interessentenverwaltung
2. Durchführung eines Mietverhältnisses - Wohnungsbewirtschaftung
3. Abrechnung (Miete, Heiz- und Betriebskosten, Mahnwesen etc.)

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Rechtfertigung

1. Vertrag Mietvertrag, Anbahnung Mietvertrag
Meldepflichten nach Meldegesetz, Buchführungspflicht nach HGB und
2. Gesetz Steuergesetzen, Heizkostenverordnung

Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

1. Intern
Geschäftsleitung / Vorstand
Weitere Abteilungen des Unternehmens, die mit der Verarbeitungstätigkeit bzgl. der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis beauftragt sind
ggf. Datenschutzbeauftragter
2. Extern
Dienstleister (IT) bzw. Softwaresystemhäuser für EDV-Anwendungen (z.B. externe IT-Administration, etc.)
Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Berater
Rechtsanwälte (Mieterstreitigkeiten, Inkasso, Räumung)
Messdienstleister
Handwerker (Instandhaltung, Modernisierung, Reparaturmaßnahmen)
Banken
Energieversorgungsunternehmen
Hausmeister / Reinigungsfirmen
Auskunfteien (sofern Daten auf gesetzlicher Grundlage angefordert werden bzw. bereitzustellen sind)
3. Ämter und Behörden (sofern Daten auf gesetzlicher Grundlage angefordert werden bzw. bereitzustellen sind)
Landratsämter, Wohnungsämter, Gemeinden (für Sozialwohnungen/Wohnberechtigungsschein erforderlich)
Gerichte
Sozialamt
Finanzamt
Arge / Jobcenter
Einwohnermeldeamt
Soziale Einrichtungen

Geplante Datenübermittlung in Drittstaaten

Es erfolgt keine Übermittlung in Staaten außerhalb der EU und ist auch nicht geplant.

Nach Artikel 13 Abs. 2 DSGVO zur Verfügung zu stellende Informationen

1. Betroffenenrechte

Sie haben Recht auf:

- 1.1 Auskunft über Ihre gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten
- 1.2 Berichtigung Ihrer hinterlegten personenbezogenen Daten
- 1.3 Löschung Ihrer nicht mehr benötigten Daten
- 1.4 Einschränkung der Nutzung Ihrer Daten
- 1.5 Widerspruch (Speziell bei zuvor gegebenen Einwilligungen)
- 1.6 Datenübertragbarkeit

2. Speicherdauer

- 2.1 Daten aufgrund von Vertragsanbahnung werden bei ausbleidendem Kontakt seitens des Interessenten nach 12 Monaten gelöscht, wenn es nicht zu einem Vertragsabschluss kommt und gesetzliche Aufbewahrungs- bzw. Nachweisfristen der Lösung nicht entgegenstehen. Sofern Bonitätsanfragen bei der SCHUFA erfolgten, werden die Unterlagen hierzu 12 Monate aufbewahrt, damit wir gegenüber der SCHUFA nachweisen können, dass ein berechtigtes Interesse für die Abfrage bestanden hat.
- 2.2 Während des bestehenden Vertragsverhältnisses erfolgt die Speicherung nach der gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften.
- 2.3 Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses erfolgt die Löschung nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften.

3. Widerruf der Einwilligung

Erfolgt die Speicherung Ihrer Daten aufgrund Ihrer Einwilligung, können Sie die Einwilligung widerrufen. Die Speicherung Ihrer Daten erfolgt i.d.R. auf vertraglicher Grundlage bzw. aufgrund einer Vertragsanbahnung. Eine Einwilligung liegt in solchen Fällen nicht vor.

4. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

- 4.1 Gemäß Artikel 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder das BDSG verstößt.
- 4.2 Beschwerden richten Sie bitte an:
Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstr. 10 a
70173 Stuttgart
Telefon: 0711 / 6155410
E-Mail: poststelle@fdi.bwl.de

5. Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten und die Folgen der Nichtbereitstellung

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich bzw. wir sind verpflichtet, diese Daten zu erheben. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen oder durchführen. Soweit gesetzliche Verpflichtungen zur Erhebung dieser Daten bestehen (z.B. Steuer) würden wir einen Gesetzesverstoß begehen, der ggf. straf- oder bußgeldbewehrt wäre.

6. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet nicht statt

**Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO
"Wohnungseigentumsverwaltung"**

Wohnungsbaugenossenschaft Tailfingen eG, Am Markt 7, 72461 Albstadt
Vertreten durch den Vorstand: Axel Pflanz, Caslav Oplanic, Holger Gladen

Datenschutzbeauftragter:

Ein Datenschutzbeauftragter ist nicht zu bestellen

Zweckbestimmung der Datenverarbeitung

1. Wahrung der rechtlichen Interessen der Wohnungseigentumsgemeinschaft
2. Führung der Beschlusssammlung
3. Mahnwesen
4. Führung der Eigentümerliste
5. Hausgeldverwaltung
6. Eigentümerversammlung

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Rechtfertigung

1. Vertrag Verwaltervertrag
 Wohnungseigentums-, Einkommensteuergesetz, Heizkosten-
2. Gesetz Betriebskostenverordnung / BGB

Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

1. Intern
 Geschäftsleitung / Vorstand
 Weitere Abteilungen des Unternehmens, die mit der Verarbeitungstätigkeit bzgl. der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis beauftragt sind
 Aufsichtsrat im Rahmen seiner Überwachungspflichten bzw. von diesem beauftragte sachverständige Dritte
 Datenschutzbeauftragter
2. Extern
 Dienstleister (IT) bzw. Softwaresystemhäuser für EDV-Anwendungen (z.B. externe IT-Administration, etc.)
 Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Berater
 externe WEG-Verwalter
 Rechtsanwälte
 Notare
 Messdienstleister
 Handwerker (Instandhaltung, Modernisierung, Reparaturmaßnahmen)
 Inkasso-Unternehmen
 Banken
 Mietinteressenten bei Folgevermietung
 Energieversorgungsunternehmen
 Andere Mitglieder der Wohnungseigentumsgemeinschaft
 Hausmeister
3. Ämter und Behörden (sofern Daten auf gesetzlicher Grundlage angefordert werden bzw. bereitzustellen sind)
 Stadt

Geplante Datenübermittlung in Drittstaaten

Es erfolgt keine Übermittlung in Staaten außerhalb der EU und ist auch nicht geplant.

Nach Artikel 13 Abs. 2 DSGVO zur Verfügung zu stellende Informationen

1. Betroffenenrechte

Sie haben Recht auf:

- 1.1 Auskunft über Ihre gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten
- 1.2 Berichtigung Ihrer hinterlegten personenbezogenen Daten
- 1.3 Löschung Ihrer nicht mehr benötigten Daten
- 1.4 Einschränkung der Nutzung Ihrer Daten
- 1.5 Widerspruch (speziell bei zuvor gegebenen Einwilligungen)
- 1.6 Datenübertragbarkeit

2. Speicherdauer

- 2.1 Während des bestehenden Vertragsverhältnisses erfolgt die Speicherung nach den gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften.
- 2.2 Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses erfolgt die Löschung nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften.

3. Widerruf der Einwilligung

Erfolgt die Speicherung Ihrer Daten aufgrund Ihrer Einwilligung, können Sie die Einwilligung widerrufen.

4. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

- 4.1 Gemäß Artikel 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder das BDSG verstößt.
- 4.2 Beschwerden richten Sie bitte an:
Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstr. 10 a
70173 Stuttgart
Telefon: 0711 / 6155410
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

5. Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten und die Folgen der Nichtbereitstellung

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Durchführung der WEG-Verwaltung notwendig bzw. wir sind nach dem Wohnungseigentumsgesetz verpflichtet, diese Daten zu erheben. Ohne diese Daten können wir den Verwaltervertrag nicht abschließen oder durchführen. Soweit gesetzliche Verpflichtungen zur Erhebung der Daten bestehen, würden wir einen Gesetzesverstoß begehen, der zu Strafen oder Bußgeldern führen könnte.

6. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet nicht statt

Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO
" Verkauf von Immobilien"

Wohnungsbaugenossenschaft Tailfingen eG, Am Markt 7, 72461 Albstadt
Vertreten durch den Vorstand: Axel Pflanz, Caslav Oplanic, Holger Gladen

Datenschutzbeauftragter:

Ein Datenschutzbeauftragter ist nicht zu bestellen

Zweckbestimmung der Datenverarbeitung

1. Interessenverwaltung
2. Anbahnung und Durchführung des Verkaufs von Immobilien

Rechtfertigung

1. Vertrag Kaufvertrag, Anbahnung Kaufvertrag
2. Gesetz BGB

Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

1. Intern
Geschäftsleitung / Vorstand
Weitere Abteilungen des Unternehmens, die mit der Verarbeitungstätigkeit bzgl. der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis beauftragt sind
Aufsichtsrat im Rahmen seiner Überwachungspflichten bzw. von diesem beauftragte sachverständige Dritte
Datenschutzbeauftragter
2. Extern
Dienstleister (IT) bzw. Softwaresystemhäuser für EDV-Anwendungen (z.B. externe IT-Administration, etc.)
Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Berater
Notare
Architekten
Fachingenieure
Handwerker
3. Ämter und Behörden (sofern Daten auf gesetzlicher Grundlage angefordert werden bzw. bereitzustellen sind)
Stadt
Grundbuchamt

Geplante Datenübermittlung in Drittstaaten

Es erfolgt keine Übermittlung in Staaten außerhalb der EU und ist auch nicht geplant.

Nach Artikel 13 Abs. 2 DSGVO zur Verfügung zu stellende Informationen

1. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht auf:

- 1.1 Auskunft über Ihre gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten
- 1.2 Berichtigung Ihrer hinterlegten personenbezogenen Daten
- 1.3 Löschung Ihrer nicht mehr benötigten Daten
- 1.4 Einschränkung der Nutzung Ihrer Daten
- 1.5 Widerspruch (Speziell bei zuvor gegebenen Einwilligungen)
- 1.6 Datenübertragbarkeit

2. Speicherdauer

- 2.1 Daten aufgrund von Vertragsanbahnung werden bei ausbleibendem Kontakt seitens des Interessenten nach 12 Monaten gelöscht, wenn es nicht zu einem Vertragsabschluss kommt und gesetzliche Aufbewahrungs- bzw. Nachweisfristen der Löschung entgegenstehen.
- 2.2 Nach Abschluss des Kaufvertrages und Übergabe der Immobilie erfolgt die Löschung nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften.

3. Widerruf der Einwilligung

Erfolgt die Speicherung Ihrer Daten aufgrund Ihrer Einwilligung, können Sie die Einwilligung widerrufen. Die Speicherung Ihrer Daten erfolgt i.d.R. auf vertraglicher Grundlage bzw. aufgrund einer Vertragsanbahnung. Eine Einwilligung liegt in solchen Fällen nicht vor.

4. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

4.1 Gemäß Artikel 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder das BDSG verstößt.

4.2 Beschwerden richten Sie bitte an:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstr. 10 a
70173 Stuttgart
Telefon: 0711 / 6155410
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

5. Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten und die Folgen der Nichtbereitstellung

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich bzw. wir sind verpflichtet, diese Daten zu erheben. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen oder durchführen. Soweit gesetzliche Verpflichtungen zur Erhebung dieser Daten bestehen (z.B. Steuer) würden wir einen Gesetzesverstoß begehen, der ggf. straf- oder bußgeldbewehrt wäre.

6. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet nicht statt

**Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO
Zeichnung Genossenschaftsanteile/Mitgliedschaft**

Wohnungsbaugenossenschaft Tailfingen eG, Am Markt 7, 72461 Albstadt
Vertreten durch den Vorstand: Axel Pflanz, Caslav Oplanic, Holger Gladen

Datenschutzbeauftragter:

Ein Datenschutzbeauftragter ist nicht zu bestellen

Zweckbestimmung der Datenverarbeitung

Abschluss, Durchführung und Beendigung von einer Mitgliedschaft

1. Anbahnung und Abwicklung von Mitgliedschaften

1.1 Dividendenausschüttung

1.2 Abfrage, Übermittlung, Meldung und Abführung von Steuern

2. Führen der Mitgliederliste

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Rechtfertigung

1. Vertrag - Mitgliedschaft, Anbahnung Mitgliedschaft

2. Gesetz - Einkommensteuergesetze

Kategorien von Empfängern und personenbezogenen Daten

1. Intern

Geschäftsführung

Weitere Abteilungen des Unternehmens, die mit der Verarbeitungstätigkeit bezüglich der Erfüllung der Verpflichtungen aus Mitgliedschaft beauftragt sind.

Aufsichtsrat im Rahmen seiner Überwachungspflichten.

2. Extern

Wirtschaftsprüfer

Steuerberater

Softwaresystemhäuser/IT-Dienstleister für EDV-Anwendungen

Inkassobüro, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher bei Vorliegen von Rückständen

Banken

3. Ämter und Behörden

Finanzamt, Bundeszentralamt für Steuern

Geplante Datenübermittlung in Drittstaaten

Es ist keine Übermittlung in Staaten außerhalb der EU geplant

Nach Artikel 13 Abs. 2 DSGVO zu stellende Informationen

1. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht auf:

1.1 Auskunft über Ihre gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten

1.2 Berichtigung Ihrer hinterlegten personenbezogenen Daten

1.3 Löschung Ihrer nicht mehr benötigten Daten

1.4 Einschränkung der Nutzung Ihrer Daten

1.5 Widerspruch (speziell bei zuvor gegebenen Einwilligungen)

1.6 Datenübertragbarkeit

2. Speicherdauer

2.1 Daten aufgrund von Vertragsanbahnung werden gelöscht, wenn es nicht zu einem Vertragsabschluss kommt und gesetzliche Aufbewahrungs- bzw. Nachweisfristen der Löschung nicht entgegenstehen.

2.2 Während des bestehenden Vertragsverhältnisses erfolgt die Löschung nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften.

2.3 Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses erfolgt die Löschung nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften.

3. Widerruf bei Einwilligung

Erfolgt die Speicherung Ihrer Daten aufgrund Ihrer Einwilligung, können Sie die Einwilligung widerrufen. Die Speicherung Ihrer Daten erfolgt i. d. R. auf vertraglicher Grundlage bzw. aufgrund einer Vertragsanbahnung. Eine Einwilligung liegt in solchen Fällen nicht vor.

4. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

4.1 Gemäß Artikel 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO oder das BDSG verstößt.

4.2 Beschwerden richten Sie bitte an:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Königstraße 10a

70173 Stuttgart

Tel: 0711 - 6155410

E-Mail: poststelle@fdi.bwl.de

5. Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten und die Folgen der Nichtbereitstellung

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich bzw. wir sind gesetzlich verpflichtet diese Daten zu erheben. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen oder durchführen. Soweit gesetzliche Verpflichtungen zur Erhebung dieser Daten bestehen, würden wir einen Gesetzesverstoß begehen, der ggf. straf- oder bußgeldbewehrt wäre.

6. Automatische Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung erfolgt nicht.

Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO

"Beschäftigung von Mitarbeitern"

Wohnungsbaugenossenschaft Tailfingen eG, Am Markt 7, 72461 Albstadt

Vertreten durch den Vorstand: Axel Pflanz, Caslav Oplanic, Holger Gladen

Datenschutzbeauftragter:

Ein Datenschutzbeauftragter ist nicht zu bestellen

Zweckbestimmung der Datenverarbeitung

Abschluss, Durchführung und Beendigung von Arbeitsverhältnissen

- 1.) Bearbeitung einer Bewerbung um einen Arbeitsplatz
- 2.) Abwicklung des Arbeitsverhältnisses
 - 2.1) Lohn- / Gehaltszahlungen
 - 2.2) Abführung von Sozialabgaben

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Rechtfertigung:

1. Vertrag Arbeitsvertrag, Anbahnung Arbeitsvertrag
- 2.) Gesetz Arbeitszeitgesetz, Steuer- und Sozialversicherungsgesetze

Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

1.) Intern

Geschäftsleitung / Vorstand

Weitere Abteilungen des Unternehmens, die mit der Verarbeitungstätigkeit bzgl. der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis beauftragt sind.

Aufsichtsrat im Rahmen seiner Überwachungspflicht bzw. von diesem beauftragte Sonderfachleute.

Ggf. Datenschutzbeauftragter

2.) Extern

Dienstleister (IT) oder Softwarelieferanten für EDV-Anwendungen (z.B. Zeiterfassung).

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und sonstige Berater

Dienstleister / Gerichtsvollzieher / Banken

3.) Ämter und Behörden (sofern Verpflichtung besteht)

Renten-, und Sozialversicherung / Finanzämter

Geplante Datenübermittlung in Drittstaaten

Es erfolgt keine Übermittlung in Staaten außerhalb der EU und ist auch nicht geplant.

Nach Artikel 13 Abs. 2 DSGVO zur Verfügung zu stellende Informationen

1.) Betroffenenrechte

Sie haben das Recht auf:

- 1.1) Auskunft über Ihre gespeicherten und verarbeiteten pers. bezogenen Daten
- 1.2) Berichtigung Ihrer hinterlegten pers. bezogenen Daten
- 1.3) Löschung Ihrer nicht mehr benötigten Daten
- 1.4) Einschränkung der Nutzung Ihrer Daten
- 1.5) Widerspruch (bei zuvor erteilten Einwilligungen)
- 1.6) Datenübertragbarkeit

2.) Speicherdauer

2.1) Daten aufgrund von Vertragsanbahnungen werden gelöscht, wenn es nicht zu einem Vertragsabschluss kommt und gesetzliche Vorgaben dem nicht entgegenstehen

2.2) Während des Arbeitsverhältnisses erfolgt die Speicherung nach den gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften. Nach der Beendigung des Vertragsverhältnisses erfolgt die Löschung nach Ablauf der gesetzlichen Vorschriften.

3. Widerruf bei Einwilligung

Erfolgt die Speicherung Ihrer Daten aufgrund Ihrer Einwilligung, können Sie die Einwilligung widerrufen. Die Speicherung Ihrer Daten erfolgt aufgrund des Arbeitsvertrages oder aufgrund einer Vertragsanbahnung. Eine Einwilligung liegt in solchen Fällen nicht vor.

4. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

4.1 Gemäß Artikel 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder das BDSG verstößt.

4.2 Beschwerden richten Sie bitte an:

Landesbeauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit, Königstr. 10a
70173 Stuttgart / 0711 / 6155410 / E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

5.) Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten und die Folgen der Nichtbereitstellung

Die bereitstellung ihrer personenbezogenen Daten ist für die Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich bzw. wir sind verpflichtet, diese Daten zu erheben. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen oder durchführen. Soweit gesetzliche Verpflichtungen zur Erhebung dieser Daten bestehen (z.B. Steuer) würden wir einen Gesetzesverstoß begehen, der ggf. straf- oder bußgeldbewehrt wäre.

6. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet nicht statt

1. Name und Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden, Tel.: +49 (0) 6 11-92 78 0;
Der betriebliche Datenschutzbeauftragte der SCHUFA ist unter der o.g. Anschrift,
zu Hd. Abteilung Datenschutz oder per E-Mail unter datenschutz@schufa.de erreichbar.

2. Datenverarbeitung durch die SCHUFA

2.1 Zwecke der Datenverarbeitung und berechtigte Interessen, die von der SCHUFA oder einem Dritten verfolgt werden

Die SCHUFA verarbeitet personenbezogene Daten, um berechtigten Empfängern Informationen zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen und juristischen Personen zu geben. Hierzu werden auch Scorewerte errechnet und übermittelt. Sie stellt die Informationen nur dann zur Verfügung, wenn ein berechtigtes Interesse hieran im Einzelfall glaubhaft dargelegt wurde und eine Verarbeitung nach Abwägung aller Interessen zulässig ist. Das berechtigte Interesse ist insbesondere vor Eingehung von Geschäften mit finanziellem Ausfallrisiko gegeben. Die Kreditwürdigkeitsprüfung dient der Bewahrung der Empfänger vor Verlusten im Kreditgeschäft und eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit, Kreditnehmer durch Beratung vor einer übermäßigen Verschuldung zu bewahren. Die Verarbeitung der Daten erfolgt darüber hinaus zur Betrugsprävention, Seriositätsprüfung, Geldwäscheprävention, Identitäts- und Altersprüfung, Anschriftenermittlung, Kundenbetreuung oder Risikosteuerung sowie der Tarifierung oder Konditionierung. Über etwaige Änderungen der Zwecke der Datenverarbeitung wird die SCHUFA gemäß Art. 14 Abs. 4 DS-GVO informieren.

2.2 Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung

Die SCHUFA verarbeitet personenbezogene Daten auf Grundlage der Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung. Die Verarbeitung erfolgt auf Basis von Einwilligungen sowie auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DS-GVO, soweit die Verarbeitung zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Einwilligungen können jederzeit gegenüber dem betreffenden Vertragspartner widerrufen werden. Dies gilt auch für Einwilligungen, die bereits vor Inkrafttreten der DS-GVO erteilt wurden. Der Widerruf der Einwilligung berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten personenbezogenen Daten.

2.3 Herkunft der Daten

Die SCHUFA erhält ihre Daten von ihren Vertragspartnern. Dies sind im europäischen Wirtschaftsraum und in der Schweiz sowie ggf. weiteren Drittländern (sofern zu diesen ein entsprechender Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission existiert) ansässige Institute, Finanzunternehmen und Zahlungsdienstleister, die ein finanzielles Ausfallrisiko tragen (z.B. Banken, Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Kreditkarten-, Factoring- und Leasingunternehmen) sowie weitere Vertragspartner, die zu den unter Ziffer 2.1 genannten Zwecken Produkte der SCHUFA nutzen, insbesondere aus dem (Versand-)Handels-, eCommerce-, Dienstleistungs-, Vermietungs-, Energieversorgungs-, Telekommunikations-, Versicherungs-, oder Inkassobereich. Darüber hinaus verarbeitet die SCHUFA Informationen aus allgemein zugänglichen Quellen wie öffentlichen Verzeichnissen und amtlichen Bekanntmachungen (Schuldnerverzeichnisse, Insolvenzbekanntmachungen).

2.4 Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden (Personendaten, Zahlungsverhalten und Vertragstreue)

- Personendaten, z.B. Name (ggf. auch vorherige Namen, die auf gesonderten Antrag beakunftet werden), Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, frühere Anschriften
- Informationen über die Aufnahme und vertragsgemäße Durchführung eines Geschäftes (z.B. Girokonten, Ratenkredite, Kreditkarten, Pfändungsschutzkonten, Basiskonten)
- Informationen über unbestrittene, fällige und mehrfach angemahnte oder titulierte Forderungen sowie deren Erledigung
- Informationen zu missbräuchlichem oder sonstigem betrügerischem Verhalten wie Identitäts- oder Bonitätstäuschungen
- Informationen aus öffentlichen Verzeichnissen und amtlichen Bekanntmachungen
- Scorewerte

2.5 Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Empfänger sind im europäischen Wirtschaftsraum, in der Schweiz sowie ggf. weiteren Drittländern (sofern zu diesen ein entsprechender Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission existiert) ansässige Vertragspartner gem. Ziffer 2.3. Weitere Empfänger können externe Auftragnehmer der SCHUFA nach Art. 28 DS-GVO sowie externe und interne SCHUFA-Stellen sein. Die SCHUFA unterliegt zudem den gesetzlichen Eingriffsbefugnissen staatlicher Stellen.

2.6 Dauer der Datenspeicherung

Die SCHUFA speichert Informationen über Personen nur für eine bestimmte Zeit. Maßgebliches Kriterium für die Festlegung dieser Zeit ist die Erforderlichkeit. Für eine Prüfung der Erforderlichkeit der weiteren Speicherung bzw. die Löschung personenbezogener Daten hat die SCHUFA Regelfristen festgelegt. Danach beträgt die grundsätzliche Speicherdauer von personenbezogenen Daten jeweils drei Jahre taggenau nach deren Erledigung. Davon abweichend werden z.B. gelöscht:

- Angaben über Anfragen nach zwölf Monaten taggenau
- Informationen über störungsfreie Vertragsdaten über Konten, die ohne die damit begründete Forderung dokumentiert werden (z. B. Girokonten, Kreditkarten, Telekommunikationskonten oder Energiekonten), Informationen über Verträge, bei denen die Evidenzprüfung gesetzlich vorgesehen ist (z.B. Pfändungsschutzkonten, Basiskonten) sowie Bürgschaften und Handelskonten, die kreditorisch geführt werden, unmittelbar nach Bekanntgabe der Beendigung.
- Daten aus den Schuldnerverzeichnissen der zentralen Vollstreckungsgerichte nach drei Jahren taggenau, jedoch vorzeitig, wenn der SCHUFA eine Löschung durch das zentrale Vollstreckungsgericht nachgewiesen wird
- Informationen über Verbraucher-/Insolvenzverfahren oder Restschuldbefreiungsverfahren taggenau drei Jahre nach Beendigung des Insolvenzverfahrens oder Erteilung der Restschuldbefreiung. In besonders gelagerten Einzelfällen kann auch abweichend eine frühere Löschung erfolgen.
- Informationen über die Abweisung eines Insolvenzantrages mangels Masse, die Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen oder über die Versagung der Restschuldbefreiung taggenau nach drei Jahren
- Personenbezogene Voranschriften bleiben taggenau drei Jahre gespeichert; danach erfolgt die Prüfung der Erforderlichkeit der fortwährenden Speicherung für weitere drei Jahre. Danach werden sie taggenau gelöscht, sofern nicht zum Zwecke der Identifizierung eine länger währende Speicherung erforderlich ist.

3. Betroffenenrechte

Jede betroffene Person hat gegenüber der SCHUFA das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DS-GVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DS-GVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO und das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO. Die SCHUFA hat für Anliegen von betroffenen Personen ein Privatkunden ServiceCenter eingerichtet, das schriftlich unter SCHUFA Holding AG, Privatkunden ServiceCenter, Postfach 10 34 41, 50474 Köln, telefonisch unter +49 (0) 6 11-92 78 0 und über ein Internet-Formular unter www.schufa.de erreichbar ist. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich an die für die SCHUFA zuständige Aufsichtsbehörde, den Hessischen Datenschutzbeauftragten, zu wenden. Einwilligungen können jederzeit gegenüber dem betreffenden Vertragspartner widerrufen werden.

Nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO kann der Datenverarbeitung aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation der betroffenen Person ergeben, widersprochen werden. Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und ist zu richten an
SCHUFA Holding AG, Privatkunden ServiceCenter, Postfach 10 34 41, 50474 Köln.

4. Profilbildung (Scoring)

Die SCHUFA-Auskunft kann um sogenannte Scorewerte ergänzt werden. Beim Scoring wird anhand von gesammelten Informationen und Erfahrungen aus der Vergangenheit eine Prognose über zukünftige Ereignisse erstellt. Die Berechnung aller Scorewerte erfolgt bei der SCHUFA grundsätzlich auf Basis der zu einer betroffenen Person bei der SCHUFA gespeicherten Informationen, die auch in der Auskunft nach Art. 15 DS-GVO ausgewiesen werden. Darüber hinaus berücksichtigt die SCHUFA beim Scoring die Bestimmungen § 31 BDSG. Anhand der zu einer Person gespeicherten Einträge erfolgt eine Zuordnung zu statistischen Personengruppen, die in der Vergangenheit ähnliche Einträge aufwiesen. Das verwendete Verfahren wird als „logistische Regression“ bezeichnet und ist eine fundierte, seit langem praxiserprobte, mathematisch-statistische Methode zur Prognose von Risikowahrscheinlichkeiten.

Folgende Datenarten werden bei der SCHUFA zur Scoreberechnung verwendet, wobei nicht jede Datenart auch in jede einzelne Scoreberechnung mit einfließt: Allgemeine Daten (z.B. Geburtsdatum, Geschlecht oder Anzahl im Geschäftsverkehr verwendeter Anschriften), bisherige Zahlungsstörungen, Kreditaktivität letztes Jahr, Kreditnutzung, Länge Kredithistorie sowie Anschriftendaten (nur wenn wenige personenbezogene kreditrelevante Informationen vorliegen). Bestimmte Informationen werden weder gespeichert noch bei der Berechnung von Scorewerten berücksichtigt, z.B.: Angaben zur Staatsangehörigkeit oder besondere Kategorien personenbezogener Daten wie ethnische Herkunft oder Angaben zu politischen oder religiösen Einstellungen nach Art. 9 DS-GVO. Auch die Geltendmachung von Rechten nach der DS-GVO, also z.B. die Einsichtnahme in die bei der SCHUFA gespeicherten Informationen nach Art. 15 DS-GVO, hat keinen Einfluss auf die Scoreberechnung.

Die übermittelten Scorewerte unterstützen die Vertragspartner bei der Entscheidungsfindung und gehen dort in das Risikomanagement ein. Die Risikoeinschätzung und Beurteilung der Kreditwürdigkeit erfolgt allein durch den direkten Geschäftspartner, da nur dieser über zahlreiche zusätzliche Informationen – zum Beispiel aus einem Kreditantrag – verfügt. Dies gilt selbst dann, wenn er sich einzig auf die von der SCHUFA gelieferten Informationen und Scorewerte verlässt. Ein SCHUFA-Score alleine ist jedenfalls kein hinreichender Grund einen Vertragsabschluss abzulehnen.

Weitere Informationen zum Kreditwürdigkeitssoring oder zur Erkennung auffälliger Sachverhalte sind unter www.scoring-wissen.de erhältlich.